

Die Habsburger wirken bis heute

Die ehrbare Bürokratie des Kaiserreichs hemmt die Korruption in vielen Staaten Osteuropas

„Institutions matter“: Das ist mittlerweile ein unstrittiger, fast trivialer ökonomischer Befund. Institutionen, also formelle und informelle Regeln, beeinflussen und steuern wirtschaftliches Handeln und können ein entscheidender Faktor für den ökonomischen Erfolg einer Volkswirtschaft sein.

Das betrifft die Gesetzgebung genauso wie ihre Durchsetzung durch staatliche Akteure, etwa durch die öffentliche Verwaltung, die Gerichte oder die Polizei. Und umgekehrt gilt: Staatliche Institutionen müssen von den Bürgern akzeptiert werden, um erfolgreich wirken zu können.

Ein Steuergesetz nützt wenig, wenn es nicht durchzusetzen ist und Steuerhinterziehung als Volkssport betrieben wird. Und das Verwaltungsrecht, das durch Bestechung und bestechliche Beamte umgangen werden kann, nützt ebenso wenig.

Die Durchsetzung formeller Regeln hängt auch davon ab, auf welchen informellen Regeln diese aufbauen. Wer als Gesetzgeber die herrschenden Werte, Normen und ungeschriebenen Gesetze missachtet, wird nicht weit kommen. Es kann aber auch vorkommen, dass die formellen Regeln und Institutionen Werte und Normen beeinflussen – selbst wenn sie offiziell gar nicht mehr existieren. Das belegt eine am Ifo-Institut entstandene wirtschaftshistorische Studie zur Korruption in Osteuropa, die dort unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Die Autoren um den Ökonomen Sascha Becker glauben nachweisen zu können, dass diese Unterschiede ihre Ursachen im untergegangenen Habsburgerreich haben. Genauer: Dort, wo bis 1918 die Habsburger herrschten, existiert heute weniger Korruption als in den Gebieten südlich und östlich davon.

Die dahinter stehende institutionenökonomische Hypothese lautet, dass die Habsburger Bürokratie von den Bürgern als „ziemlich ehrlich, hart arbeitend und im Allgemeinen ehrbar“ (so der britische Historiker A. J. P. Taylor) wahrgenommen wurde. Die Bevölkerung habe sie akzeptiert und habe daher großes Vertrauen in die staatlichen Institutionen gehabt.

In den südlichen und östlichen Anrainerstaaten – in Serbien, Montenegro, Albanien, Bulgarien, Rumänien (das damals nur etwa die Hälfte des heutigen Staatsgebiets umfasste), Griechenland, im Osmanischen und im Russischen Reich – sei das Vertrauen in die Bürokratie viel weniger ausgeprägt gewesen. Und weil sich die Einstellung zu den staatlichen Institutionen über Jahrhunderte entwickelt habe, wirke sie bis heute fort.

Wie lassen sich diese etwas steilen Thesen belegen? Die Studie beruht auf Mikrodaten des in allen osteuropäischen Staaten durchgeführten „Life in Transi-

DER
SONNTAGS
ÖKONOM

VON WERNER MUSSLER

tion Survey“ aus dem Jahr 2006. Sie enthalten Informationen über das Vertrauen der Bürger in die staatliche Verwaltung und über das Ausmaß der Korrupti-

on. Die Studie untersucht 17 Staaten, die heute entweder auf dem Gebiet des früheren Habsburgerreichs oder in dessen Nachbarschaft liegen.

Um Unterschiede zwischen den Ländern auszuschließen, die nichts mit Habsburg zu tun haben, konzentrieren sich die Autoren aber auf jene fünf Staaten, durch die die damalige habsburgische Landesgrenze verlief – Polen, die Ukraine, Rumänien, Serbien und Montenegro. In diesen Ländern lebten Bürger auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze des Habsburgerreichs mittlerweile über mehrere Generationen hinweg in ein und demselben Staat.

Nach Angaben der Autoren haben die Bürger, die auf

ehemaligem Habsburg-Territorium lebten, systematisch mehr Vertrauen in Gerichte und Polizei. Diese Vertrauensunterschiede materialisieren sich anscheinend auch – in (heute noch) höheren Bestechungsgeldern jenseits der Grenze des Habsburgerreichs. Dieselben Ergebnisse erzielten Becker und seine Mitautoren auch im Vergleich des Habsburgerreichs mit dem damaligen Osmanischen Reich.

Es drängen sich allerlei populistische Schlüsse auf, die gut zur vor ein paar Jahren geführten Diskussion über die „Grenzen Europas“ passen – und die auch die aktuelle Debatte über die Euro-Hilfskredite für Griechenland ein wenig befeuern könnten. Bilden also die historischen Grenzen des Habsburgerreichs institutionell auch die Grenze Europas – eines Europas, das heute wegen der Transfers in die Peripherie mehr denn je auf eine funktionierende und

korruptionsfreie Verwaltung vor Ort angewiesen ist? Kann die Türkei je dazugehören?

Muss man sich angesichts der Ergebnisse der Studie noch darüber wundern, dass Griechenland über eine solche Verwaltung offenbar nicht verfügt und deshalb jetzt „Berater“ aus Brüssel bekommt, die über die angemessene Verwendung von EU-Mitteln wachen sollen? Und kann erstaunen, dass die EU mit der erheblichen Korruption in Bulgarien (und teils in Rumänien) zu kämpfen hat?

Lassen wir derlei Fragen hier offen. Die Habsburger-Ergebnisse passen indes auf alle Fälle zu ähnlichen institutionenökonomischen Studien, die in den 90er Jahren das zu erwartende Tempo und den Erfolg der Transformation ehemals sozialistischer Staaten in Marktwirtschaften untersuchten.

Deren Ergebnisse lauteten in der Regel: Auch wenn in allen sozialistischen Staaten Institutionen wie das Privateigentum abgeschafft waren, würden jene Länder am schnellsten auf die Beine kommen, in denen die marktwirtschaftlichen Institutionen – etwa ein funktionierendes Zivilrecht – in den vorsozialistischen Zeiten vorhanden waren.

Die Erwartung lautete, dass diese Institutionen den Sozialismus informell überdauern würden. Das mag zumindest eine Erklärung dafür sein, dass Länder wie Polen oder Tschechien heute wesentlich gefestigtere Marktwirtschaften sind als die Ukraine oder Russland.

S. O. Becker, K. Boeckh, C. Hainz, L. Wößmann: Wie das längst untergegangene Habsburger Reich noch heute in den osteuropäischen Verwaltungen sichtbar ist, Ifo-Schnelldienst 11/2011, S. 20 - 23.

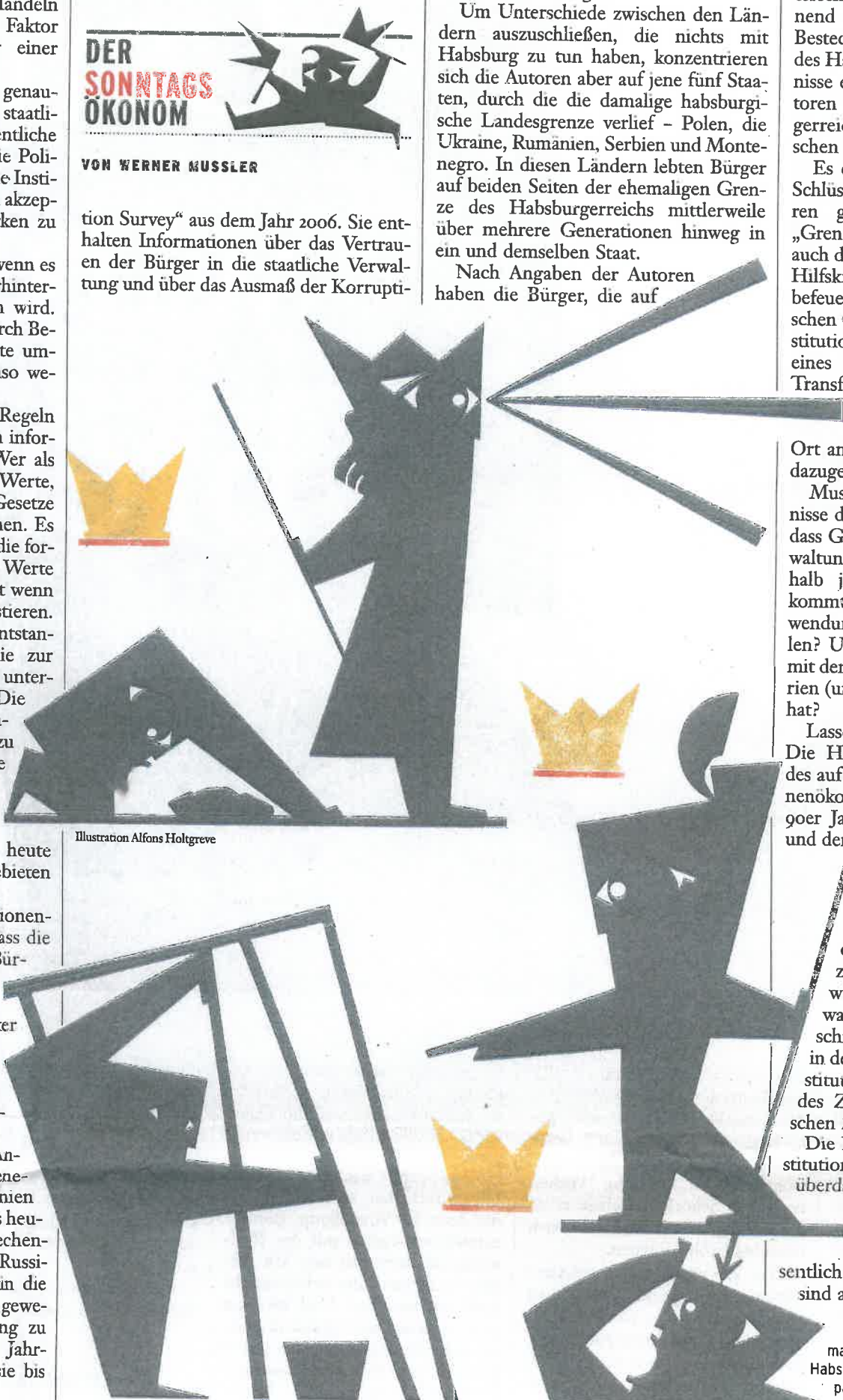


Illustration Alfons Holtgreve